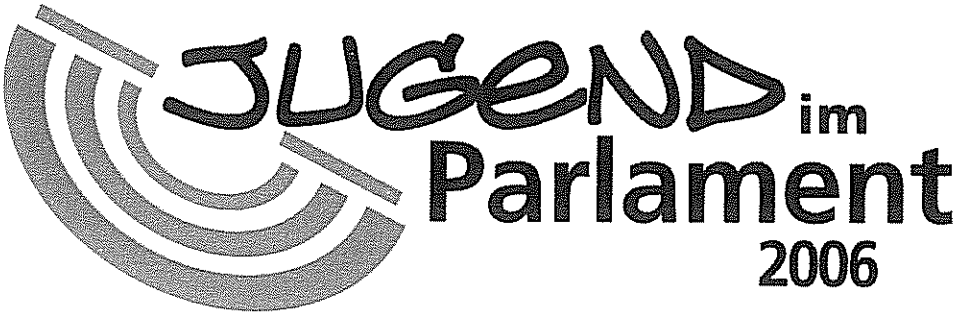
Anlage zur Vorlage L 248



Resolutionen

zur Übergabe an den

Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft

Jugend im Parlament 2006

Resolution vom Ausschuss Bildung und Schule

Im Rahmen von Jugend im Parlament haben wir uns mit bildungs- und schulpolitischen Fragen beschäftigt. Nach Anhörung der Experten Ulrike Hövelmann, Claas Rohmeyer und Walter Henschen und einer langen Debatte sind wir zu folgenden Forderungen gekommen:

Die leistungsschwachen Schüler/innen sollen durch leistungsstarke Schüler/innen aus höheren Jahrgängen - von Lehrkräften empfohlen - gefördert werden.
Durch die Organisation einer Lehrkraft werden die Arbeitsgemeinschaften zur Förderung der Schwachen gebildet und die zu fördernden Schüler vermittelt. Die leistungsstarken Schüler/innen sollen entlohnt werden, beispielsweise durch eine Zahlung von 1-2€ pro zu fördernden Schüler. Nach einer halbjährig positiv erfolgten Förderung soll dem Förderer ein Zertifikat über die erbrachte Leistung ausgestellt werden.
Die entsprechende Lehrkraft ist für die Gruppe verantwortlich und bei Problemen ihr Ansprechpartner.
Nach Einschätzung der Lehrer wird den entsprechenden Schülern empfohlen sich einer Fördergruppe anzuschließen, die er dann weitergehend bis zum Ausgleich des Wissensdefizites besuchen muss.
Eine Forderung der leistungsstarken Schüler wird darüber hinaus verlangt.

Eine weitere zentrale Forderung des Ausschusses stellt ferner die bessere Vernetzung von Lehrer/innen und Schüler/innen schulübergreifend im Bundesland Bremen dar.
Dies soll auf der einen Seite durch ein Internetportal getrennt für Schüler und Lehrer erfolgen. Hiermit soll ein Diskussionsforum über Lehrinhalte, -methoden und –aufgaben geschaffen werden. Auf der anderen Seite soll eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit über die Arbeit an den Schulen in Kooperation mit den Bremer Medien erfolgen.

Für eine praxisnähere Schulausbildung fordern wir die Einführung eines zusätzlich verpflichtenden Praktikums in der Sekundarschule.

Wir fordern die flächendeckende Einführung der Berufsoberschule (BOS). Dieses eröffnet den Schüler/innen, die ihr Fachabitur absolviert haben, die Möglichkeit, die allgemeine Hochschulreife zu erlangen.

Wir sind uns darüber bewusst, dass die Bremer Bildungslandschaft sich in großen Veränderungen befindet. Daher fordern wir die Bildungsbehörde auf nach vier Jahren eine Erfolgskontrolle des neu entwickelten Bildungssystems durchzuführen.

Des Weiteren fordern wir die Abschaffung bzw. Neuordnung des Prinzips der Ganztagsschule, mit vermehrter Förderung von Arbeitsgemeinschaften und eine Anpassung der Schulzeit.

JUGEND im Parlament 2006

Resolutionsentwurf des Ausschusses für Integration

1. Es ist eine Kindergartenpflicht für alle Kinder einzuführen.
   Desweiteren wäre es wünschenswert, gemischte Gruppen in öffentlichen Kindergärten zu stärken.

2. Verpflichtende Deutschkurse sind für Erwachsene flächendeckend anzubieten.
   Werden diese nicht in Anspruch genommen, greift ein Sanktionskatalog.

3. Es ist ein verpflichtender Deutschförderunterricht in Schulen flächendeckend anzubieten.

4. Die Werte des westlichen Abendlandes sind im Kindergarten und in der Schule stärker zu vermitteln. Sie sollen den Kindern passiv durch integrative Spiele näher gebracht werden.
   Diese Wertevermittlung ist dem Lehrplan hinzuzufügen.
   Desweiteren soll es die Möglichkeit geben, dies in Arbeitsgemeinschaften zu vertiefen.

5. Bremer Schulen müssen basisdemokratisch abstimmen, ob sie eine Selbstverpflichtung zu einer Deutschpflicht auf dem Schulhof verabschieden wollen.

6. Die Schulen werden gebeten, Gruppierungen mit einer Auswahl freiwilliger Schüler zu bilden, welche auf der Basis von Patenschaften ausländischen Jugendlichen bei der Integration zur Seite stehen.
   Diesen Schülern soll dieses ehrenamtliche Engagement als Bemerkung in das

Zeugnis eingetragen werden.

7. Die Kultur anderer Länder muss den Kindern/Schülern schon ab dem Kindergarten nähergebracht werden.
   Zum näheren Kennenlernen wird in der Schule die Möglichkeit gegeben, Arbeitsgemeinschaften zu besuchen.

Resolutionsentwurf vom Ausschuss Soziales und Kultur

Resolution im Bereich Kultur

Im Rahmen von Jugend im Parlament haben sich junge Menschen im Ausschuss Soziales und Kultur sich Gedanken für die Verbesserung der Lebenssituation für Kinder und Jugendliche im Lande Bremen gemacht. Dazu wurden Gespräche mit Experten aus der Bremer Politik und Verwaltung geführt.

Im Zuge des Gesprächs und der anschließenden Diskussion hat der Ausschuss folgende Forderungen formuliert:

1. Internetplattform für kulturelle Angebote
   Da viele kulturelle Angebote interessierte Jugendliche nicht erreichen, fordern wir eine Internetseite, auf der diese Angebote stadtteilbezogen angekündigt und vorgestellt werden. Diese Seite sollte auch die Möglichkeit bieten, sich durch ein Forum, Chat oder ähnlichem auszutauschen.
   Die Seite muss interessant gestaltet werden, damit auch bisher uninteressierte Jugendliche Zugang zur Kultur finden.
   Eine Mögliche Erweiterung um soziale Angebote wäre erwünschenswert (siehe Sozialresolution von Jugend im Parlament 2006)

2. Mehr Geld für Jugendspezifische Projekte
   100.000 € für die mehrere hundert beantragten individuellen Jugendprojekte sieht der Ausschuss im Vergleich zu den 2,8 Millionen € für die acht Bürgerhäuser als zu wenig an. Daher fordern wir das Budget für individuelle Projektförderung deutlich zu erhöhen und fordern weiter, dass sich die Bürgehäuser mit ihrem Etat verstärkt Jugendkulturprojekte zuwenden.

3. Mehr Kooperation zwischen den Ressorts Bildung, Kultur und Soziales

   Bei den Gesprächen und der Diskussion ist uns aufgefallen, dass die Zusammenarbeit zwischen den oben genannten Ressorts ausbaufähig ist. Das Kulturressort sollte eine Gestaltungsfreiheit im Bildungswesen bekommen.

4. Kulturbeauftragter an Schulen

   Um Kindern und Jugendlichen im jungen Alter für Kultur zu begeistern, schlagen wir vor, dass an allen Schulen eine Stelle für einen Kulturbeauftragten ausgeschrieben wird. Dies sollte besonders in Grundschulen erfolgen, da dort die Offenheit für Neues und Fremdes größer ist und dann Schüler in späteren Jahren mit mehr Elan an Projekten teilnehmen.

5. Kooperationen zwischen Kultureinrichtungen (z.B. Theater oder HfK) und Schulen

   Es wäre erwünschenswert, wenn die Kultureinrichtungen mehr auf Schulen zugehen würden und gleichermaßen die Schulen sich der Kultur weiter öffnen. Dazu könnten Studenten der Hochschule für Künste oder Kulturschaffende an Schulen Arbeitsgemeinschaften oder andere Projekte leiten.

6. Mehr Selbstbestimmung durch Jugendliche über Projekte

   Die Schüler sollen selbst mehr in lokale Jugendpolitik einbezogen werden. Mögliche Umfragen an Jugendlichen geben ein klareres und konkreteres Bild der Wünsche und Sorgen der Kinder ab, als es die alleinigen Vermutungen der Lokalpolitiker tun.

7. Zusammenarbeit zwischen Schulen und Bibliotheken

   Des Weiteren wünschen wir uns, dass Bibliotheken in unmittelbarer Nähe zu Schulen während der Unterrichtszeit geöffnet werden, damit die Schüler das Bucharchiv und Räumlichkeiten für schulische Zwecke gebrauchen können.

8. Verstärkte Jugendarbeit in Bremerhaven

   Die oben genannten Forderungen gelten nicht nur für Bremen, sondern besonders für Bremerhaven, da Bremerhaven Bremen in der kulturbezogenen Jugendarbeit hinterher hinkt.

   Wir fordern zudem, dass die Zusammenarbeit in Sachen Kultur zwischen beiden Städten ausgebaut wird.

JUGEND im Parlament 2006

Resolutionsentwurf vom Ausschuss Soziales und Kultur

Resolution im Bereich Soziales

Nach ausführlicher Beschäftigung mit dem Thema Sozialpolitik mit dem Schwerpunkt auf Jugendarbeit sind wir nach Gesprächen mit verschiedenen Sachverständigen zu folgenden Ergebnissen bzw. Forderungen gekommen:

1. Mehr Kooperation zwischen den Ressorts

2. Lotsen bzw. Patenschaften für Jugendliche, die einem bei der Suche nach Hilfe in den Behörden unterstützen

3. Schülerfreundlichere Öffnungzeiten von Bibliotheken und anderen öffentlichen Einrichtungen

4. Abschaffung der Förderung von Jugendarbeit in Stadtteilen nach Standortschlüssel und Einrichtung eines verpflichtenden Grundetats für den Einsatz im Jugendbereich sowie die Möglichkeit auf Zulage für spezielle Problemstadtteile bzw. Projekte

5. Die Bürgerschaft wird gebeten Jugendliche, beispielsweise durch Umfragen, die der Vergabe von finanziellen Mitteln einzubinden.

6. Eine Internetplattform für hilfesuchende Jugendliche auf kultureller und sozialer Ebene. Das heißt für den sozialen Bereich den „Sozialarbeiter im Netz", also eine anonyme Kommunikationsmöglichkeit zwischen hilfesuchenden Jugendlichen und sachverständigen Helfern bzw. dem Amt.

7. Mehr Geld für jugendspezifische Einrichtungen (Jugendhäuser, Freizeitheime etc.)

Da wir festgestellt haben, dass für hilfesuchende Jugendliche in Bremer Ämtern katastrophale Zustände und schwer durchschaubare Strukturen verbunden mit langen Wartezeiten und sich nicht zuständig fühlenden Sachbearbeitern herrschen, fordern wir o.g. Lotsen und Paten, die speziell durch den „ Bürokratischen Djungel" führen. Hier würde unsere oben genannte Internetplattform getreu dem Motto" Präventivmaßnahmen statt Folgekosten" Hilfestellung leisten.
Wir begründen unsere Forderung nach dem Grundetat für die Stadtteile damit, dass auch in augenscheinlich gutgestellten Stadtteilen die Kürzung der finanziellen Mittel negative Entwicklungen begünstigt.
Im Sinne der hilfesuchenden Jugendlichen hoffen wir auf ihre Mithilfe.

Jugend im Parlament 2006

Resolutionsentwürfe des Ausschusses: „Politischer Radikalismus"

Thema: Verbot der Marke „Thor Steinar"

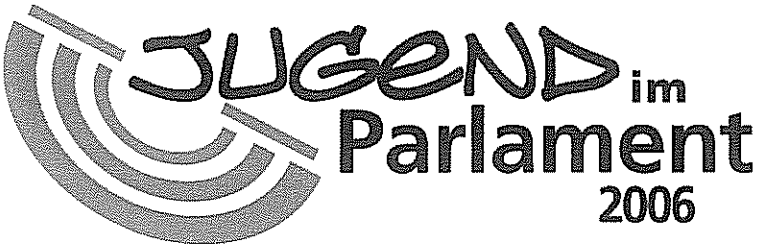
Die Marke „Thor Steinar", die von Rechtsradikalen mit wachsender Begeisterung als Identifikationskleidung genutzt wird, sehen wir als große Gefahr für junge Erwachsene sich mit den Faschisten, vielleicht sogar ungewollt, zu verbinden.
Diese Marke wird seit Oktober 2002 vom Königs Wusterhausener Neonazi Axel Kopelke vertrieben. Das mittlerweile geänderte Logo zeigte eine Verbindung der Runen Tyr (Tod) und Gibor (Wolfsangel). Beide Runen wurden schon im dritten Reich zur Identifikation unter Nationalsozialistischen Gruppen genutzt (Tyr-Rune in Reichsführerschulen und der 32. SS-Division, die Gibor-Rune als Symbol der Werwolfeinheiten)
Die Gewinne der Marke „Thor Steinar" gehen nachweislich direkt zurück in die rechte Szene, die dann zum Beispiel zu Propagandazwecken genutzt werden.
„Thor Steinar" ist also eine Kleidungmarke, die aus dem Umfeld der Naziszene produziert und vertrieben wird, die sich völkischer Symbolik mit NS-Bezug bedient und vorallem von Neonazis getragen wird.

Deshalb fordern wir ein Trageverbot der Marke „Thor Steinar" in der Öffentlichkeit (z.B. bei politischen Aktionen, in Schulen und im Weserstadion) des Bundeslandes Bremen.

Wir schreiben der Marke „Thor Steinar" so eine große Bedeutung zu, da wir befürchten, dass sich über solche, eindeutigen Identifikationmerkmale, der Zugang zur rechten Szene erleichtert wird. Durch das öffentliche Tragen dieser Marke kann und kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Unwissende Träger könnten versehentlich dem rechten Spektrum zu geordnet werden und in gewalttätige Konflikte geraten.
Außerdem stellt der Vertrieb von nationalsozialistischer Kleidung einen nicht geringen Anteil der Finanzierung von rechtsradikalen Organisationen.

Ein gutes Beispiel in der Durchsetzung eines solchen Verbotes ist das Bundesland Berlin, wo das Tragen von „Thor Steinar" auf politischen Aktionen, Konzerten und in den Fußballstadien vom Bundesligisten Hertha BSC und dem Oberligisten Babelsberg 03 bereits verboten. Weiter wird ein Tragen in der Öffentlichkeit wie zum Beispiel Schulen und anderen Bildungseinrichtungen nicht toleriert.

JUGEND im Parlament 2006



Thema: Politische Aufklärung im Bundesland Bremen

Da es in Bremen keinen einheitlichen, aktuellen und wertvollen Politikunterricht gibt (teilweise fehlt dieser gar komplett) und es an häuslicher politischer Erziehung mangelt, sinkt bei Jugendlichen das Interesse an Politik und an der gesellschaftlichen Entwicklung. Auf Grund dessen und weil viele Jugendliche sich vom Staat alleine gelassen fühlen, wenden sie sich immer öfter Organisationen und Parteien mit radikalpolitischem Gedankengut zu.

Auf Grund dieser akuten Probleme fordern wir vom Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Christian Weber, und den Mitgliedern der selbigen einen aktuellpolitischen, projektbezogenen Unterricht in der Sekundarstufe I. In der Sekundarstufe II muss Politik als Wahlfach angeboten werden, um die politische Bildung des Bremer Nachwuchses vertiefen zu können. Neben der Weiterbildung von Lehrkräften fordern wir außerdem die Einbindung von unabhängigen und/oder parteigebundenen Referenten in den Unterricht, um diesen interessanter zu gestalten und so Jugendlichen Politik näher zu bringen damit ihnen gezeigt werden kann, dass Politik auch realitätsbezogen sein kann.

Da Jugendliche die Zukunft von Morgen aktiv gestalten, müssen ihnen rechtzeitig die Werte unserer Demokratie im Rahmen eines interessant gestaltetem Politikunterricht näher gebracht werden. Dadurch wird die freiheitliche demokratische Grundordnung in Deutschland gesichert und verhindert, dass sich die Geschichte wiederholt. Zusätzlich sichert dieser Unterricht den politischen Bildungsstand im Bundesland Bremen.

JUGEND im Parlament 2006

Thema: Plakat an der Bremer Bürgerschaft

Der Ausschuss „politische Radikalismus" hat sich überlegt eine Werbekampagne zu starten, in der offensiv gegen politisch-radikale Gruppierungen vorgegangen werden soll.

Gründe dafür sind fehlendes Gegensteuern auf Grund des Unterschätzens der Sachlage. Dies zeigt sich dadurch, dass die Wahlbeteiligung sinkt und somit die radikalen Gruppierungen an Stärke hinzugewinnen. Darüber hinaus bekommen diese Parteien sowie Gruppierungen immer mehr Anhänger und Aufmerksamkeit.
Ein weitere Problematik ist die, dass die oben genannten Gruppen sich immer mehr in die Gesellschaft integrieren, durch überdurchschnittliche viele Infostände und Informationsmaterialien (Schulhof-CD). Zudem werden immer mehr Jugendliche in dieses Milieu, sei es rechte oder linke Gruppierungen miteinbezogen. Dadurch steigt die Anhängerzahl rapide.

Die oft in freien Gruppen organisierten häufig jungen Menschen werden immer gewaltbereiter, somit ein immer größeres Risiko für die Bevölkerung.
Durch dieses Risiko, so die Meinung des Ausschusses, werden die Errungenschaften der Demokratie gefährdet.

Die Mitglieder des Ausschusses sind der Meinung, dass dieses Probleme mit Hilfe von Öffentlichkeitsarbeit zu bekämpfen ist. Auf Grund dessen schlagen wir vor ein Transparent, in einer angemessenen Größe am Gebäude der Bremischen Bürgerschaft zu installieren. Mit dem Slogan „Gemeinsam in Gleichheit, Harmonie, Freiheit, Gerechtigkeit, Toleranz und Leben, gegen politischen Radikalismus" soll die Bevölkerung zum Denken angeregt werden und sich nicht von diesen politisch, radikalen Gruppierungen beeinflussen lassen.

Zusatzresolution zum Thema Jugend im Parlament in der Bremischen Bürgerschaft

Die Teilnehmer von Jugend im Parlament 2006 fordern den Präsidenten der Bürgerschaft Christian Weber dazu auf, das Projekt „Jugend im Parlament" nicht nur einmal pro Legislaturperiode, sondern jährlich zu veranstalten und des weiteren die mehrmalige Teilnahme von Jugendlichen zu zulassen.

Zur Begründung:

Jugend im Parlament ist eines der wichtigsten Sprachrohre der Jugendlichen zur Bremer Landespolitik. Es werden viele akute Sorgen und Wünsche der Beteiligten zusammengetragen, diskutiert und schließlich in Resolutionen verpackt an die Bremer Bürgerschaft weitergeleitet. Diese Resolutionen sind so umfassend, dass Bremen nach Umsetzung aller dieser Vorschläge Bremen den Spitzenplatz in Sachen Jugendpolitik bundesweit sicher hätte.

Die bisherige Regelung, Jugend im Parlament nur alle zwei oder vier Jahre zu veranstalten, behält den jungen Bremern in vielen Jahren eben diese Möglichkeiten vor. Es macht deshalb Sinn jedes Jahr ein Jugendparlament einzuberufen, um somit auf die akuten Probleme und Wünsche der Bremer Jugend einzugehen.

Als Teilnehmer von Jugend im Parlament können wir versichern, dass diese Veranstaltung sehr viel Spaß gemacht und uns einen positiven eindrucksvollen Einblick in die Parlamentsarbeit gegeben hat. Um diese positiven Eindrücke nach außen weiter zutragen, und andere Jugendliche dazu begeistern an Jugend im Parlament teilzunehmen, ist es sinnvoll Jugend im Parlament jährlich anzubieten. Denn nach einigen Jahren sind die Begeisterungen für das Parlament und für die Politik verloren.

Wir hoffen daher auf viel Unterstützung von den Parteien der Bremer Bürgerschaft, damit der Erfolg dieser wunderbaren Demokratie fördernden Veranstaltung vergrößert werden kann. Wir können als einer der ältesten liberalen Städte Deutschlands stolz darauf sein, solch ein Parlament zu haben.

Das Plenum von Jugend im Parlament wünscht sich zudem ein Jugendplenum, das alle zwei Monate zusammentritt. Hier sollen dann die aktuellen Themen der Jugend diskutiert werden. Es ist als Erweiterung zu Jugend im Parlament anzusehen.
In diesem Sinne

Das Parlament von „Jugend im Parlament 2006"